

Mindestens ebenso wichtig wie die Erforschung des Biotops von Tieren ist die Erkenntnis über das Soziotop des Menschen.

Annie Berner-Hürbin

Wir brauchen eine neue Wertedebatte

In den siebziger Jahren wurde eine ausgedehnte Diskussion über Grundwerte geführt. Sie fand ihren Niederschlag auf Verbandstagen, in bischöflichen Erklärungen und in Eingangspassagen von Parteiprogrammen. Sie zog sich eine Zeitlang hin und versandete. Einiges aus jener Diskussion ist zwar wie selbstverständlich in die öffentliche Moralsprache eingegangen. Man spricht weiterhin von „der Wertordnung unseres Grundgesetzes“, über „Probleme des Wertbewusstseins im freiheitlichen Verfassungsstaat“, läßt hin und wieder jemanden über „Wertewandel“ referieren und klagt über „Wertezerfall“. Aber große Spuren hat die Debatte der siebziger Jahre nicht hinterlassen.

Die Diskussion von einst ist versandet

In der Rückschau wundert das niemanden. Die Auseinandersetzung entzündete sich zwar an recht konkreten Dingen. Entscheidender Auslöser – nicht Grund – war das kirchliche Unbehagen – vor allem auf katholischer Seite – an den *rechtspolitischen Reformen der sozialliberalen Koalition*. Geführt aber wurde sie übermäßig *abstrakt* – vor allem im politischen Raum – über letzte allgemeine Werte, verstanden als politische Zielsetzungen, an die alles politische Handeln gebunden sein muß, das sich an der Würde des einzelnen *und* am allgemeinen Wohl zugleich orientiert: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in der Sprache der Französischen Revolution; Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität in der Fassung bundesdeutscher Parteiprogramme. Solche Grundsätzlichkeit riß niemanden vom Stuhl. Brisant werden oberste Prinzipien und Handlungsziele ja erst, wo sie in konkrete Entscheidungen überführt werden.

Zudem wurde viel aneinander vorbeigeredet: Die politische Seite verstand die Grundwertedebatte vor allem als *Legitimationsvorgang*. Säkulare Parteien haben sich nach dem Auslaufen der großen Welterklärungsmodelle des 19. Jahrhunderts im Gemeinwesen und vor allem gegen-

über ihren Wählern und Anhängern neu auszuweisen. Werte, Grundwerte als politische Handlungsziele sind für sie typische *Säkularisate*. Sie legen den Verzicht auf letzte Welterklärungen frei und verdecken zugleich das *Fehlen eines metapolitischen Konsenses*. Sie sind exakt im Sinne Martin Heideggers „Ersatz für das Metaphysische“.

Die *kirchliche Seite* hatte Konkretes im Sinn. Sie beunruhigte der angebliche oder tatsächliche Schwund an gemeinsamen sittlichen Grundüberzeugungen in der Bevölkerung. Ihre Kritik richtete sich an den Gesetzgeber, der dem Schwund solcher Grundüberzeugungen – siehe § 218 ff StGB, siehe Familien- und Ehegesetzgebung – vorarbeite. Man focht vehement, wer denn für die Konsensfähigkeit von sittlichen Grundüberzeugungen in freiheitlichen Gesellschaften zuständig sei, wer sie unterminiere und wer sie zu fördern habe. Man blieb weitgehend uneinig über die Rolle des Staates in diesem Prozeß. Man traf sich eine Zeitlang bei der Frage des Verhältnisses von Ethik und Recht. Fand aber auch da über die grundsätzliche Feststellung hinaus, das Recht könne seine Funktion nicht unabhängig von den ihm vorausliegenden ethischen Grundprinzipien erfüllen, und das Recht habe seinerseits eine ethosbildende Funktion, keinen ins Konkrete hinreichenden gemeinsamen Nenner.

Das fast ergebnislose Ausrinnen der Grundwertedebatte von einst sollte nicht davon abhalten, gerade jetzt eine neue zu entfachen. An zugespitzten Herausforderungen fehlt es nicht: Von der Landwirtschafts- bis zur Bevölkerungspolitik, von der Subventionsethik bis zum Umgang mit der Kernenergie (vgl. ds. Heft, 57), vom Politikverständnis der Politikvermittler bis zu Entsolidarisierungseffekten gefälligkeitsdemokratischer Wohlfahrtsversprechen, von der Fortpflanzungsmedizin bis zum Datenschutz.

Eine neue Debatte müßte *konkreter*, vor allem *lebensweltlicher* ansetzen und die großen Abstraktionen zunächst

einmal hinter sich lassen. Nur ein Aufspüren der Wertgehalte in den jeweiligen politischen Handlungssituationen mit ihren gesellschaftlichen Verschränkungen dürfte auch die Ausgangsfrage der ursprünglichen Debatte beantworten helfen, wieweit der ethische Konsens tatsächlich geringer wird. Es könnte ja auch der Fall eintreten, daß, wenn man in den Fragen praktischer Gestaltung näher zueinander kommt, auch der Konsens in den Begründungen wieder wächst.

Neue Herausforderungen bedürfen einer neuen Debatte

Aber wie dem auch sei, es gibt Hinweise zuhauf, daß sich von der Praxis her *immer mehr Entscheidungsfragen zu Wertfragen verdichten*. Dahinter wird ein sehr komplexer lebensweltlich-sozialer Hintergrund sichtbar, auf dem Wertfragen weitgehend vorentschieden werden. Auffallend sind dabei nicht nur zunehmende Begründungs-, sondern schlicht Erkenntnisnöte in bezug auf das, was in einer bestimmten Situation zu tun geboten ist. Das gilt für den Handlungskontext selbst, vor allem soweit er politisch, also auf das Gemeinwesen bezogen ist.

Ein bezeichnendes Feld mit entsprechender Symptomatik bietet der *gegenwärtige wirtschaftliche Strukturwandel und dessen Folgen*. Konkret, was ist in Rheinhausen richtig: den Betrieb schließen oder die Arbeitsplätze an Ort und Stelle, genauer betriebseigen erhalten? Verträgt sich das erstere mit den sozialen Anrechten der betroffenen Arbeitnehmer? Verträgt sich das letztere mit der mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Zukunftssicherung der Bevölkerung an der Ruhr, auch der jetzt unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer? Gerechtigkeit, Solidarität, innerer Frieden gut und recht – aber wie sie konkret verwirklichen, wie Nah- und Fernziele einander zuordnen? Ist die Wirtschaftsgesellschaft sozial gerechter und solidarischer, die versucht, rechtzeitig sich auf strukturelle Gewichtsverschiebungen einzustellen, auch wenn sie dabei Betroffenen Umschulung, längere Anfahrtswege, Wohnungswechsel, in Grenzen auch eine Absenkung des Einkommens zumutet, oder diejenige, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu garantieren sucht, wie sie sind?

Wie ist das bei dem Bauern, dessen Betrieb unrentabel wird? Wo gibt es ethische Grenzen für das Subventionswesen? Gibt es ein grundlegendes Recht zur *Konservierung von Lebensverhältnissen mit staatlicher Garantie*? Gehen hier nicht wirtschaftliche Rationalität, persönliche Ansprüche und organisierte Interessen weit auseinander? Natürlich verbietet schon der erste Verfassungsartikel (Würde des Menschen), daß kein einzelner, keine Gruppe und keine Branche einer wie immer zu gestaltenden Zukunft geopfert wird. Aber gerade kirchliche Solidaritätsgruppen und auch manche Sozialethiker gehen von einem sehr statischen, im *Zeit- und Entwicklungshorizont verkürzten Verständnis von sozialer Gerechtigkeit* aus, muten dem einzelnen zu wenig an Flexibilität zu. Sie ver-

schärfen damit die sozialen Widersprüche, zu deren Milderung oder Auflösung sie beitragen sollen: Die technologische Entwicklung in ihren wirtschaftlichen Folgen verlangt Beweglichkeit, intelligente Anpassung bei der eigenen Existenzsicherung. Lebenslanges Auskommen in ein und demselben Betrieb mit denselben Fähigkeiten unter unveränderten Bedingungen kann weniger und weniger garantiert werden. Umgekehrt erzeugt bzw. begünstigt wohlfahrtsstaatliche Vorsorge selbst gegenteilige Haltungen beim einzelnen: die Tendenz zum Sich-versorgen-Lassen mit staatlich garantiertem Anspruch darauf. Und die Interessenvertreter decken solche Ansprüche ab. Wie da gegensteuern? Wie mehr Flexibilitätsbereitschaft wecken? Und welche Werte gilt es vor der eigengesetzlich wirksamen Dynamik gesellschaftlichen Wandels zu schützen, welche nicht? Ist die Maxime wertkonservativ statt strukturkonservativ bereits eine Antwort darauf?

Ein anderes Feld: Die eigene *Nation*, das eigene Volk ist bisher selbstverständlicher und nicht in Frage gestellter Bezugspunkt, wenn es um die Realisierung staatlichen Gemeinwohls geht. Aber wie verträgt sich diese Einengung auf das Nationale mit der weltbürgerlichen Substanz des Grundwertes Solidarität? Kann der Schutz der eigenen nationalen, kulturellen Eigenart *oberstes* Kriterium der Ausländerpolitik sein? Zumal wenn die Überalterung der Bevölkerung im eigenen Lande dringend zusätzlicher Vitalitätszufuhr bedarf?

Auf was sich einstellen? Was den Menschen zumuten? Rückzug auf die eigene Provinzialität mit hoher kultureller und sozialer Homogenität oder Öffnung für einen langsamen Übergang in eine tatsächlich plurikulturelle Gesellschaft (vgl. HK, Januar 1988, S. 28 und ds. Heft, S. 75)? Auch da stellt sich die Frage: Gibt es eine Garantie auf gleichbleibende Verhältnisse? Wie den Widerspruch zwischen der Beschleunigung gesellschaftlicher Prozesse und den zur Absicherung und Bewahrung (Behimattung) tendierenden persönlichen und kollektiven Verhaltensweisen auflösen oder verantwortlich steuern?

Felder, in denen sich Wertfragen in besonders akuter Weise stellen

Ein anderes Feld, in dem sich die Probleme auf Wertentscheidungen hin verdichten, ohne daß diese in Tagespolitik aufgehen dürfen, ist das große Feld *gesellschaftlicher Orientierungsschwierigkeiten*, soweit sie das Verhalten des einzelnen bedingen. Man könnte dieses Feld auch auf das Problem reduzieren: der *einzelne in der Informationsgesellschaft* und die Probleme, die dabei bei den Vermittlern von Informationen, formellen und informellen, anzusiedeln sind. Es empfiehlt sich aber, dieses Feld weiter zu fassen: als Pluralismusproblematik, als Verhältnis von privat und öffentlich.

Auf diesem Feld kommt vieles zusammen: Die Öffnung der Informationskanäle für alles Weltgeschehen und die Schwierigkeit, dieses ohne schädigende Vereinfachungen

zu vermitteln. Der tägliche Nachrichtenfluß verwirrt jeden, und mag er noch so sehr auf rationale Verarbeitung eingestellt sein, in seiner Einschätzung der Lage mehr, als daß er Klärungshilfe leistet. Die Folge ist eine weitgehende Abstumpfung, wenn nicht gar bewußte Informationsverweigerung beim Rezipienten: Man zieht sich zurück in die eigene Beschaulichkeit und empört sich dann um so mehr, wenn die Dinge politisch, kulturell, „zeitgeistig“, kirchlich nicht laufen, wie man sie in der eigenen Beschaulichkeit erwartet.

Erschwert wird die *rationale Verarbeitung des Geschehens* zusätzlich durch die nur begrenzte Fähigkeit bei den Vermittlern, Vorgänge auf ihren Kern hin durchsichtig zu machen. Der Ersatz dafür ist in der Regel Rechthaberei, Verfälschung journalistischer Kritik zu Gesinnungsjournalismus. Beides erschwert die Rationalität des Informationsvorgangs, beides auch und nicht nur die üblichen tages- und parteipolitischen Verwerfungen, schafft zusätzlich Irritationen im Verhältnis Einzelner – Öffentlichkeit. Also wird man sich in einer Wertedebatte, die auf Stärkung ethischer Rationalität zielt, auch wieder stärker über die *Rolle der Vermittler des öffentlichen Geschehens* unterhalten müssen, ob diese nun als Politiker zu den Gestaltern selbst gehören oder als Journalisten „reine“ Vermittler sind. Anzusprechen ist nicht nur Selbstverständnis in der Rolle von Vermittlern, sondern auch ihr *Politikverständnis*.

Der entscheidende Punkt

Aber mit der Verschärfung irrationaler Elemente im Informationsvorgang und damit zwischen dem „privaten“ einzelnen und der verfaßten Öffentlichkeit ist nur eine Symptomatik des größeren Irritationskomplexes berührt: des in *sich orientierungsschwierigen gesellschaftliche Pluralismus*, der durch den noch orientierungsschwierigeren weltanschaulichen Pluralismus verschärft wird. Es fehlen die *homogenen Milieus*, und es sind die verbindenden, das gesamte Meinungsbild einer Gesellschaft bestimmenden Weltbilder zerbrochen. Die meisten aber wollen aus irgendwelchen Weltbildkonstruktionen heraus leben, sind es trotz aller wissenschaftlichen Welterklärung gewöhnt, so zu leben. Meist sind diese Weltbilder angesiedelt irgendwo zwischen Familie, Politik und Religion. Sie beruhen auf weitgehender Reduktion von Komplexität durch Vertrauen; durch Vertrauen in die innere Wahrhaftigkeit (Stimmigkeit) der erfahrbaren Lebenswelt, durch Vertrauen in den vorsorgenden Staat, durch Vertrauen in den vorsehenden Gott oder als Vertrauen einfach durch Getragen-Sein von einem sinnstiftenden oder als sinnstiftend erfahrenen Milieu.

Der Zerfall solcher Weltbilder fällt zusammen mit nahezu exponentiell wachsender gesellschaftlicher Komplexität. Während aber Komplexität (technisch, organisatorisch, geistig) zunimmt, nimmt so die Möglichkeit ihrer psychologischen Reduzierung durch Vertrauen ab. Deswegen signalisiert z. B. die Klage über den Vertrauens-

verlust der Parteien nicht nur Unzufriedenheit mit diesen aufgrund bekannter, Vertrauen zerstörender Vorgänge; deswegen ist Staatsverdrossenheit, wo sie wirklich auftritt und nicht nur künstlich induziert wird, auf das Versagen der politischen Führung, Enttäuschung bestimmter Politikererwartungen zurückzuführen. Deswegen auch ist Zukunftsangst angesichts der Selbstzerstörungspotentiale, die im technischen Fortschritt und seiner Anwendung liegen, nicht allein als pure Technikfeindlichkeit oder als flottierende Angst zu verstehen, die sich mit Technikfeindlichkeit verbindet. Sondern in dem allen ist Vertrauensverlust in die Wirklichkeit einer weitgehend von verbindlichen Weltbildern „befreiten“ Lebenswelt mit im Spiel. Zugespitzt: *Man will den Pluralismus als Ausdruck moderner Subjektivität für sich, hält ihn aber als gesellschaftlich-kulturelle Wirklichkeit nur schwer aus*. Man sucht Ausflüchte, macht Politik zum Allein- oder zum prototypisch Schuldigen, oder man zieht sich in die Kellerlöcher rigider Lehrgebäude zurück, versucht, das für sich noch geschlossene Weltbild durch Abschottung zu retten. Und man unternimmt es aus der so gewonnenen fundamentalistischen Position heraus, Gesinnungsgenossen zu gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach diesen je eigenen Positionen zu organisieren.

Das gelingt in unseren Gesellschaften kaum, weil der öffentliche Pluralismus-Konsens das private Unbehagen an ihm hinreichend überlagert. Aber das in fundamentalistischen oder exklusivistischen Strömungen (Ein-Thema-Politik) sich verzweigende Unbehagen vergrößert die Distanz zwischen Bürger und Staat genauso wie die ihren Aufgaben nicht gewachsenen Parlamente und Parteien. Gerade von daher sollte als wesentlicher Teil einer neuen Wertedebatte wieder schärfer nach Staatszielen, aber auch nach der Hinordnung von einzelnen und Gruppeninteressen auf das Ganze gefragt werden. Die politische Aufarbeitung eines *gestaltloser werdenden Pluralismus* kann nicht allein der Absorptionskraft von Institutionen überlassen werden.

Der *entscheidende Punkt* indessen ist das Auseinanderfallen von öffentlichen Belangen und privaten Erwartungen in bezug auf sie. Oder wie im Interview dieses Heftes festgestellt wird, von *gesellschaftlicher Rationalität und persönlichen Glückserwartungen*. Gesellschaftliche Rationalität, ethisch interpretiert, heißt, rational im Blick auf das vom Allgemeinwohl Geforderte. Die persönlichen Glückserwartungen umschließen auch das, was Gesellschaft und Staat dazu beizutragen haben oder von dem erwartet wird, daß sie es beitragen. Der Möglichkeiten, mit solchen Erwartungen und ihrer Durchsetzung Staat und Gesellschaft gerade im wohlfahrtsstaatlichen Interventionsstaat zu überfordern, gibt es viele. Und Politik ist nur allzu geneigt, gefälligkeitsdemokratisch dem entgegengzukommen und damit die Erwartungen an sich noch zu steigern.

Und andererseits kann sich der einzelne gerade im Wohlfahrtsstaat *privatistisch* einrichten. Staatlich verordnete

Solidarität kann da sehr entsolidarisierend wirken. Zum Konflikt kommt es spätestens, wenn die sozialen Bindungskräfte die Folgen privatistischen Verhaltens nicht mehr aufzufangen vermögen. Unvermeidlich wird der Konflikt dann, *wenn privatistische Leitbilder das Politikverständnis selbst bestimmen*, wenn also Staat und Gesellschaft bewußt nach privatistischen Leitbildern gestaltet werden sollen. Die zahlenmäßig nicht geringen und in ihren Forderungen nicht gerade bescheidenen „Selbstwirklicher“ (und ihre Interessenvertreter in Parteien, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften) muten der Allgemeinheit solches zu, selbst wenn sie sich in ihrem Lebensstil bescheiden geben. Sie muten dem Staat bzw. der Gesellschaft sogar zu, als ein *allein ethisch verantwortungsvolles Handlungssubjekt* angesehen zu werden. Sich selber exkulpiert man vorsichtshalber. Man ruft nach Solidarität und entsolidarisiert sich selbst. Es wird Zeit für die Einsicht, daß die Vernachlässigung sozialer Bindungswerte zugunsten von Werten privaten Glücks letztlich dieses selbst gefährdet. Und umgekehrt, daß soziale Bindung, auch als Grundlage des Politikverständnisses, auch Grundlage für persönliches Glück ist. Ehe und Familie, das Verhältnis zum Kind müssen von daher neu durchdacht werden.

Wie soll Besinnung in Gang kommen?

Aber wie soll hier Besinnung in Gang kommen? Die Bedingungen dafür mögen nicht besonders günstig sein, gerade nicht im letzten Punkt. Die Neigung, ethische Verantwortung zu kollektivieren bzw. an die Institutionen zu delegieren, die Früchte der Wohlfahrt aber zu privatisieren, ist tief eingewurzelt. Aber das Gespür dafür, daß wir so auf Dauer um die Grundlagen demokratischen Zusammenlebens gebracht werden, ist im Wachsen; auch die Einsicht, daß staatliches Recht soziales Ethos auf Dauer nicht ersetzen kann, ohne daß dies auf Kosten persönlicher Freiheit geht.

Doch wer ist in der Lage, den dafür nötigen Diskurs zu führen? In demokratisch verfaßten Gesellschaften gibt es dafür *keine geborenen Wortführer*, auch keine eindeutige Kompetenzzuweisung. Die *Parteien* als – faktische – Hauptträger der politischen Willensbildung werden sich einer Selbstkur unterziehen müssen, nicht nur in der Begrenzung des eigenen Machtanspruchs, sondern auch im Aussprechen von Versprechungen, die sie wohlfahrtsstaatlich nicht halten können. Wirtschaftliche Stagnation und enge Finanzspielräume können einer Neubewertung politischer Werte im Sinne dessen, was für die Organisation und Garantie des Gemeinwohls grundlegend ist, nur förderlich sein. Politik sollte sie nutzen.

Die *Interessengruppen* können einen Beitrag leisten durch gründliche eigene Gewissenserforschung. Notfalls müssen Regierungen und Parlamente – sich selbst aus deren Umklammerung lösend – nachhelfen. Das *Bildungssystem*? Ja, und sei es nur dadurch, daß es ohne übertriebenen erzieherischen Ehrgeiz dafür sorgt, daß in den

Schulen die Grundelemente einer soliden Wirtschafts- und Institutionenkunde vermittelt werden.

Die philosophische Ethik und die politische Philosophie? Wo sind ihre orientierenden Beiträge zu einem handlungsanleitenden Ethos, das über allgemeine Theorien hinausgeht? Die empirischen Gesellschaftswissenschaften, Soziologie, Sozialpsychologie? Von ihnen sind eher Hilfen zu erwarten, wenn es ihnen gelingt, von einer Übertheoretisierung des sozialen Lebens wegzukommen und sich stärker den lebensweltlichen Verklammerungen subjektiver Befindlichkeiten und deren politischen Auswirkungen (z. B. eben den Spannungen, die sich aus der Diskrepanz zwischen gesellschaftlich Machbaren und privaten Glückserwartungen) zuzuwenden. Die *Kirchen*? Sie sind in keiner schlechten Position: nicht so sehr weil andere – ziemlich hilflos – auf sie schauen; dies könnte sehr bald zu ihrer eigenen Schwäche („Wertevermittlungsagenturen“, „Legitimitationshilfen“) werden. Aber sie können z. B. aus christlichem Glauben Menschen ein weltbildloses Auskommen im gesellschaftlichen Pluralismus zumuten, weil alle Weltbilder im Glauben – wörtlich verstanden – aufgehoben sind. Sie vermögen eine letzte Beheimatung zu geben, ohne daß der Staat als Instrument gesellschaftlicher Ordnung und materieller Vorsorge zu „letzter“ Sinngebung mißbraucht werden muß. Ihr Beitrag ist allerdings an eine doppelte Voraussetzung gebunden: Sie dürfen sich selbst nicht in einer weltlosen Religiosität (bei punktuellen Ausbrüchen ins Soziale) einigeln, sondern sie müssen Wertordnung als objektive Struktur von Sittlichkeit wieder praxisnäher, als es gemeinhin geschieht, als *Sollensordnung* begreifen, die sich aus dem Menschen als Hüter der Schöpfung, als handelndem Subjekt der Geschichte und als Ebenbild Gottes ableitet (gegen biblizistische Verengungen). Sie werden dabei auf Dauer nur Erfolg haben, wenn sie Einzelfragen (wie den § 218 in den siebziger Jahren) nicht isoliert angehen, sondern ihr Verständnis von Menschenwürde, individuellem Glück und sozialer Bindung insgesamt neu zur Sprache bringen.

Und die zweite Bedingung: Sie müssen sich dem *lebensweltlichen Kontext des einzelnen* stärker zuwenden und dürfen diesen nicht durch pauschalisierende ideengeschichtliche Konstruktionen verschleiern. Daß Terrorismus und Droge in irgendeiner Form auch „Ergebnis“ des einseitigen Sichverlassens auf die instrumentelle Vernunft in der ganzen Moderne sein könnten – so eine Argumentation eines hochangesehenen Kirchenmannes aus jüngster Zeit –, ist eine interessante Spekulation. Sie lenkt aber von der Lebenswirklichkeit, in der Drogenkonsum und Terrorismus gedeihen, gründlich ab. Doch selbst wenn diese Vorbedingungen halbwegs erfüllt sind, auch die Kirchen können nur ein mit besonderer ethischer Kompetenz ausgestatteter Gesprächspartner sein. Das Ringen um die rechte Wertordnung in der konkreten Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ist im demokratischen System Aufgabe aller an der Gestaltung dieses Lebens Beteiligten. *David Seeber*